

# Alarmaufruf

SPD-Desaster in Hessenwahlen – Was wird aus der Bundestagswahl?

## Können wir hinnehmen, dass das Land und die SPD einer Katastrophe ausgeliefert werden?

Am 18. Januar 2009 erlebt die SPD in Hessen ein Desaster.

Verlust von fast 400.000 Stimmen für die SPD, niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes. Aber auch eines der schlechtesten Ergebnisse für die CDU. Das ist die vernichtende Absage der WählerInnen an die Parteien und Politik der Großen Koalition, die in Hessen von Roland Koch konsequent umgesetzt wurde.

### Wer ist verantwortlich?

Vor einem Jahr, am 27. Januar 2008, konnte Andrea Ypsilanti die Bilanz ziehen: „Die SPD ist wieder da!“ Dafür ist Andrea Ypsilanti verantwortlich! Doch von Anfang an wurde die Erfüllung des Wählerauftrags an Andrea Ypsilanti und die hessische SPD, eine SPD-Regierung für den politischen Wechsel, im Bruch mit der Agenda-Politik der Großen Koalition zu bilden, von den Führungsvertretern der Bundes-SPD, von den Steinmeier, Steinbrück und Müntefering torpediert.

Für die Entfesselung ihrer Kampagne gegen Andrea Ypsilanti und die hessische SPD benutzten sie die „Linke“ als Knüppel und stellen sich heute hin, um der SPD in allen Ländern die Zusammenarbeit mit der „Linken“ freizustellen.

Von dem Parteivorsitzenden Kurt Beck, der für seine Kurskorrektur die überwältigende Mehrheit des Hamburger SPD-Parteitag gegen Müntefering, Steinmeier und Steinbrück gewonnen hatte, erhielt Andrea Ypsilanti vorsichtige Unterstützung.

Darin mussten die Müntefering, Steinmeier und Steinbrück eine tödliche Gefahr für ihre Politik in der Großen Koalition sehen. Um die SPD weiterhin unter die strikte Fortsetzung der Agenda-Politik in der Großen Koalition zu zwingen, wurde Kurt Beck in einer putschartigen Überrumpelung als SPD-Vorsitzender gestürzt.

Die noch schlimmere Fortsetzung der Agenda Politik mit dem 500 Mrd. Paket zur „Rettung“ der Banken wurde zu einem vernichtender Schlag gegen eine Politik für soziale Gerechtigkeit, für die Andrea Ypsilanti antrat. Diese Politik, musste auch noch die letzten SPD-WählerInnen in Hessen verjagen.

Die „engere Parteiführung“ um Müntefering, Steinmeier und Steinbrück trägt die volle politische Verantwortung für das jetzige Desaster der SPD. Sie hat dann auch dafür Sorge getragen, dass mit dem von ihr zu verantwortenden Verschwinden der SPD-Mehrheit auch Andrea Ypsilanti gekippt wird. „Für die Stabilisierung der hessischen SPD wird es erforderlich sein, dass diejenigen, die für die Entwicklung dieses Jahres verantwortlich (!) sind, die diesbezüglichen Funktionen in Partei und Fraktion niederlegen“, forderte Steinbrück den Rücktritt von Andrea Ypsilanti, noch bevor die Wahllokale geschlossen hatten.

Erst Beck, dann Andrea Ypsilanti, sind das nicht die Schläge, die für die nötige „Disziplinierung“ der gesamten Parteimitgliedschaft sorgen sollen? Ist das nicht eine Warnung an alle, die wie die 60 verantwortlichen Sozial-

demokratInnen und GewerkschafterInnen sich in ihrem Aufruf an alle Parteimitglieder für die Fortsetzung der von Beck eingeleiteten Kurskorrektur eingesetzt haben, um mit der Agenda-Politik der Großen Koalition Schluss zu machen? Umso weniger ist zu verstehen, dass weder Andrea Ypsilanti noch die 60 um Ottmar Schreiner, Hilde Mattheis und Klaus Barthel auf dem Berliner Parteitag am 18. Oktober 2008 ihre Stimme gegen die Festsetzung der Drei an der Spitze der SPD erhoben haben, noch gegen die Verschleuderung der 500 Milliarden an Bankiers und Spekulanten.

### Dieses 500 Mrd. „Rettungspaket“ für Bankiers und Spekulanten,

unter tatkräftiger Mitverantwortung der engeren Parteiführung der SPD durch den Bundestag gejagt, lässt nichts übrig für wirkliche Rettungs-Maßnahmen für Schulen und die gesamte Bildung, für Krankenhäuser und vor sozialer Not; es ruiniert die öffentlichen Haushalte endgültig und fordert noch schlimmere Opfer von der Bevölkerung. Die Kredite für mittlere und Kleinunternehmen sind ausgeblieben, 10.000e Arbeitsplätze wurden und werden bei den Banken abgebaut.

Das 2. Konjunkturpaket präsentiert sich ebenfalls in schlechtester Tradition der Agenda-Politik, der milliarden-schweren Umverteilung von arm zu reich, der Förderung der Unternehmerrgewinne auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien:

insgesamt durch die 75 Milliarden Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte, die per „Schuldenbremse“ auf die Bevölkerung abgewälzt werden soll; durch höhere Steuerentlastungen bei höheren Einkommen;

durch milliarden-schwere Senkung des Lohnanteils für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung, der in Form des Arbeitgeberbeitrags gezahlt wird;

durch 50%ige Kürzung, bzw. Vollstreichung des Unternehmerbeitrags für die Sozialversicherung der Kurzarbeiter, deren „Lohn“ und Sozialbeitrag in Milliardenhöhe fast bzw. gänzlich von der Arbeitnehmer-Sozialkasse bezahlt werden muss;

durch Milliardenkredite an Unternehmen, die unter diesem „Schutzschirm“ Lohnsenkungen und Arbeitsplatzabbau diktieren.

Die zusätzlichen 35 Euro monatlich für die Hartz-IV-Kinder können nur Empörung provozieren angesichts der sozialen Not, der diese ausgeliefert sind.

### Können wir akzeptieren,

dass die Müntefering, Steinmeier und Steinbrück, die fest entschlossen sind, im Rahmen der Großen Koalition die erdrückenden Kosten der sich vertiefenden Weltwirt-

schaftskrise auf die Bevölkerung abzuwälzen - dass sie das Land der sozialen Katastrophe ausliefern und dass sie die SPD in immer neue Niederlagen und in die

Selbsterstörung führen? Das sie die SPD in den Bundestagswahlen am 27. September in ein noch schlimmeres Desaster treiben?

Muss nicht unsere Antwort an Steinbrück lauten, dass tatsächlich diejenigen, die wirklich „für die Entwicklung

dieses Jahres verantwortlich sind,“ - die „engere Parteiführung“, Müntefering, Steinbrück und Steinmeier -, die diesbezüglichen Funktionen in Partei und Fraktion niederlegen?“ – um die Unterwerfung der SPD unter die Politik der Großen Koalition zu beenden?

**Sammeln wir uns als politische Kraft, um für wirkliche Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Arbeitsplätze gegen die Krise einzutreten!**

**Müssen die ersten dringlichen Maßnahmen eines Schutzprogramms nicht sein:**

- **sofortiger Stopp der Verschleuderung von immer neuen Milliarden zur Wiederherstellung des „Funktionierens des Finanzsystems“, d.h. der Spekulation!**
  - Enteignung und Verstaatlichung der Privatbanken mit allen Vermögenswerten
  - Verbot der Spekulation
  - Strikte Verpflichtung der öffentlichen Landesbanken und Sparkassen auf das Territorial- und Gemeinwohlprinzip.
  - Ein einziger öffentlicher Bankensektor für die Kreditversorgung der produktiven Wirtschaft und der staatlichen Investitionen

**Ver.di verlangt ein „Kündigungsverbot“. Die IG-Metall-Führung fordert „keine Entlassung in 2009“. Um das zu erreichen, ist es da nicht die Verantwortung der Gewerkschaften die ArbeitnehmerInnen zu mobilisieren für das**

- **Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst - angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten**

**Keine Lohnsenkungen:** Ein wirklicher Schutz der Löhne verlangt das Verbot der Lohnsenkung, Tarifabweichung und Tarifflicht jeder Art, die Respektierung der allgemeinverbindlichen Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften!

**Unternehmen wie Qimonda/Infineon muss die Entscheidung zur Vernichtung von Produktion und Arbeitsplätzen aus der Hand genommen und die Arbeitsplätze und Produktion und das Kapital- und Vermögenseigentum unter staatlichen Schutz gestellt werden.**

**Ein wirkliches Rettungsprogramm für die öffentliche und soziale Infrastruktur in Bund, Ländern und Gemeinden, für Krankenhäuser, Schulen und Unis, für die Gebäude und durch massive Einstellung des fehlenden Personals;**

**finanziert aus den Milliarden, die der Rettung der Finanzspekulation entzogen werden; von den Verantwortlichen für die Krise: Spekulanten, große Vermögen, Kapitaleigner**

Gibt es einen anderen Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der Kaufkraft?

Gibt es einen anderen Weg, um eine weitere Ruinierung der öffentlichen Haushalte durch die Umverteilungspolitik im Rahmen der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte zu verhindern, die die Bevölkerung mit weiteren Einschnitten in die noch existierenden sozialstaatlichen Errungenschaften bezahlen soll?

- **Brauchen wir nicht Maßnahmen zum Schutz vor Verarmung und sozialer Not** wie die Aufhebung von Hartz IV, das Verbot von Leiharbeit, Dumpinglöhnen und Tarifflicht, und die Integration aller Billiglöhner in die gewerkschaftlichen Flächentarifverträge?

**Wir rufen alle SozialdemokratInnen auf, die politische Kraft zu sammeln, um für solche Sofortmaßnahmen zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise – für den Bruch der SPD mit der fortgesetzten zerstörerischen Agenda-Politik einzutreten. Das verlangt den Bruch mit Müntefering, Steinbrück und Steinmeier, die der SPD diese Politik diktieren und dabei sind, sie einem historischen Niedergang auszuliefern.**

**Wir rufen alle SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen dazu auf, ihren Beitrag zu leisten:**

**für die vereinte Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und Jugend auf der zentralen Demonstration des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften am 16. Mai in Berlin, in deren Zentrum die Forderung stehen sollte:**

**Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung - angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten – Keine Lohnsenkungen!**

**Wir laden alle engagierten sozialdemokratischen Genossen und Genossinnen und Gewerkschaftskollegen und –kolleginnen ein zu einer bundesweiten Konferenz am 18./19. April 2009 in Berlin**

**Kontaktadressen:**

Michael Altmann, Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative, E-Mail: Michael.Altmann@gmx.net

Gotthard Krupp, Redaktion Soziale Politik & Demokratie, E-Mail: [GotthardKrupp@t-online.de](mailto:GotthardKrupp@t-online.de); Fax: 030-3131662